



DKP im Stadtparlament – aktiver Einsatz für die arbeitenden Menschen



Die Spitzenkandidaten der DKP für die Kommunalwahl 1985.

Rudi Hechler (50), Stadtverordneter, Maschinensetzer – Herbert J. Oswald (26), Stadtverordneter, Speditionskaufmann – Waltraud Träger (45), Stadtverordnete, Hausfrau – Rudolf Dötsch (44), Stadtverordneter, Maschinensetzer – Heinz Hechler (56), ehrenamtlicher Stadtrat, Techniker – Barbara Birkwald (36), Sozialarbeiterin – Gerd Schulmeyer (33), Lagermeister.

Mehr Lehrstellen notwendig

Von „nur“ 23 lehrstellensuchenden Jugendlichen in unserer Stadt hat Bürgermeister Brehl bei einer vor kurzem abgehaltenen Pressekonferenz gesprochen, und daß sich für sie ein überbetriebliches Ausbildungszentrum „nicht lohne“!

Aber, Herr Brehl, glauben Sie wirklich, daß diese Zahl stimmt? Man stellt nämlich bei genauerer Untersuchung (die auch im hiesigen Rathaus möglich wäre) fest, daß die Zahl 23 höchstens eine Wunschzahl sein kann. Aus den Unterlagen der Jugendhilfeplanung nämlich geht hervor, daß es allein über 80 gemeldete deutsche und ausländische Jugendliche ohne Arbeitsplatz gibt! Viele gehen allerdings überhaupt nicht zum Arbeitsamt, weil sie sich ohnehin keine Chance auf eine Lehrstelle ausrechnen, und die tauchen natürlich dann auch in keiner amtlichen Statistik auf.

Was haben diese Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz für eine Lebensperspektive? Wo wird ihnen die Möglichkeit gegeben, Wissen zu erwerben, einen Beruf zu erlernen, damit auch genügend Geld zu verdienen, um sich eine eigenständige Existenz aufzubauen? Ihre Perspektive heißt: entweder irgendeinen Anlernjob anzunehmen — die werden allerdings auch immer seltener und dort wird auch am schnellsten wieder entlassen — oder zu Sozialhilfeempfängern zu werden. Was ist das für eine Zukunft? Wen wundert es, daß die neueröffnete Jugend- und Drogenberatungsstelle in Mörfelden über Arbeit nicht zu klagen hat und daß der Anteil der betreuten arbeitslosen Jugendlichen hoch ist? Wir meinen: hier muß etwas geschehen und zwar bald! Wir brauchen ein kommunales, überbetriebliches Ausbildungszentrum, in dem Jugendliche fachlich und pädagogisch so betreut werden, daß sie eine

qualifizierte Berufsausbildung abschließen können.

Wir wissen aber auch, daß dies nicht die ausreichende Lösung für die Massenarbeitslosigkeit bei Jugendlichen sein kann.

Wir fordern deshalb auch: ein Lehrstellengesetz, das die Großbetriebe verpflichtet, qualifizierte Lehrstellen zur Verfügung zu stellen. „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“! Wir fordern die Ausbildungsabgabe und unterstützen die DGB-Forderung nach einem Lehrstellensofortprogramm von mindestens zwei Milliarden DM. Für die Schaffung neuer Lehrstellen und Arbeitsplätze ist die zentrale Forderung die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Hier haben auch die Kommunen Verantwortung.

Als wirkungsvolle Sofortmaßnahme aber bleibt: Ein kommunales überbetriebliches Ausbildungszentrum muß her!

Herbert J. Oswald



Es zahlt sich aus

„Die DKP im Stadtparlament, das zahlt sich aus für alle Bürger!“ So heißt ein Wahlslogan von uns. Stimmt er? Kontrollieren Sie selbst.

Bei den Verhandlungen um den Nachtragshaushalt hat die DKP-Fraktion erreicht, daß bis Anfang 1987 die „Gebühren auf Eis“ gelegt werden.

Was das für den Geldbeutel der schaffenden Bevölkerung bedeutet, können Sie an Hand des folgenden Beispiels ausrechnen:

Wir haben einmal ausgerechnet, was in der letzten Wahlperiode teurer geworden ist und wieviel dies bei einer 3-köpfigen Familie mit Einfamilienhaus und Hund ausmacht.

Grundsteuer B stieg von 160 auf jetzt 180 %, von 128,96 auf 145,08 DM
= 16,12 DM jährlich

Wasser stieg von 1,20 auf jetzt 1,40 DM, Verbrauch von 107 cbm von 128,40 auf 149,80 DM
= 21,40 DM jährlich

Kanalbenutzung stieg von 0,95 auf 1,65 DM, von 101,65 auf 176,55 DM
= 74,10 DM jährlich

Kindergarten von 60,- auf 70,- DM
= 120,00 DM jährlich

Hundesteuer von 60,- auf jetzt 96,- DM
= 46,00 DM jährlich

Müllabfuhr von 67,20 auf jetzt 79,20 DM (50 l-Tonne)
= 12,20 DM jährlich

zusammen = 279,82 DM jährlich

Nicht berücksichtigt sind die Verwaltungsgebührenerhöhungen und die Friedhofsgebühren, ebenso nicht die Mehrwertsteueranhebung z.B. bei Wasser.

Würden also die Gebühren in den nächsten zwei Jahren so weitersteigen wie bisher, müßten über 500,- Mark mehr bezahlt werden. Durch das Einfrieren der Gebühren werden also über 500,- DM gespart, d.h. bar im Geldbeutel behalten! Deshalb stimmt es: Kommunisten im Stadtparlament und im Magistrat, das lohnt sich für die Bürger unserer Stadt.

ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG!

Viel action für ein überbetriebliches Ausbildungszentrum:

**Wann? Am 24.2.1985 im Bürgerhaus Walldorf
ab 14.00 Uhr:**

**Flohmarkt von Jugendlichen für Jugendliche
Jeder kann seinen Krempel verramschen**

Dabei ist: EINHART KLUCKE, der beste Politclown!

ab 18.00 Uhr: DISCO

Eine Meßstelle für unsere Stadt

Die Smog-Gefahr nahm die DKP-Fraktion zum Anlaß, am 25.1.85 folgenden Antrag in der Stadtverordneten-Versammlung zu stellen:

Die Stadt Mörfelden-Walldorf nimmt umgehend mit dem Umweltministerium Gespräche auf, mit dem Ziel, die Einrichtung einer Meßstelle für Luftverschmutzung in Mörfelden-Walldorf zu erreichen.

Begründung:

Am 1. Februar tritt in Hessen die neue Smog-Verordnung in Kraft. Schon bei 0,6 Milligramm Schwefeldioxid pro Kubikmeter Luft soll die erste Warnung erfolgen.

Die Meßstation, die neben Schwefeldioxid auch die Konzentrationen Stickstoffdioxid und Kohlenmonoxid feststellt, scheint uns, angesichts der Smog-Situation Ende Januar, dringend erforderlich zu sein.

Wir wissen alle, daß die Zahl der Erkrankungen der Atmungsorgane in unserem Gebiet weit über dem Bundesdurchschnitt liegt. (Dies war ja gerade einer der Gründe, weshalb die Bevölkerung so entschieden gegen die Startbahn-West kämpfte.)

Wenn die neue Smog-Ordnung greifen soll, dann müssen gerade auch die gefährdeten kleinstädtischen Gebiete kontrolliert werden.

Links wählen

DKP

Die Arbeiterpartei



Rudi Hechler
DKP-Stadtvordneter
Hochstraße 22
6082 Mörfelden-Walldorf
Tel.: 06105 / 22 362



„Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit“, steht im Artikel 28 der Hessischen Verfassung. Doch in Wirklichkeit wird dieses Menschenrecht mit Füßen getreten. Nehmen wir die aktuellen Zahlen. Die Arbeitslosigkeit hat in der BRD den höchsten Stand seit 1948 erreicht. Es gibt 2,6 Millionen offizielle, d.h. ca. 4 Mill. inoffizielle Arbeitslose. 10,6 % sind ohne Arbeit, das sind 30 Arbeitslose auf eine offene Stelle. 934.000 Arbeitslose sind ohne Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Über 165.000 sind allein in Hessen ohne Arbeit, in unserer Stadt gibt es z. Zt. ca. 500 Menschen, die arbeitslos „gemeldet“ sind.

Ganz schlimm trifft es Frauen und Jugendliche – die Jugendarbeitslosigkeit ist besonders hoch, nach DGB-Zahlen blieben gerade 80.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Die Armut wächst, allein in unserer Stadt wurden im vergangenen Jahr 1.509.746,86 DM an Sozialhilfeleistungen gezahlt, das ist eine Steigerung um mehr als 30 % in den letzten 3 Jahren. Viele brauchen Hilfe. Wir haben übrigens gerade ein kleines Heft mit praktischen Tips zu Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Wohngeld, Sozialhilfe herausgegeben. Diese „Tips“ sind kostenlos bei uns erhältlich. In der gleichen Zeit verteilt die hiesige CDU eine Hochglanz-Broschüre mit dummen Sprüchen. Und jeden Abend müssen wir das Geschwätz der Kohl, Blüm und Geißler ertragen.

Wir sollten alle klar erkennen:

Wenn 2,6 Millionen Menschen keine Arbeit haben, dann sind in Wirklichkeit mindestens dreimal so viele betroffen. Die Familien der Arbeitslosen, die Ehepartner und die Kinder sind die Leidtragenden.

Selbst wer heute noch Arbeit hat, kann schon morgen arbeitslos sein, denn die Unternehmer haben in großem Stil begonnen, zu rationalisieren. Mit immer weniger Beschäftigten machen sie immer größere Profite.

Die CDU-Regierung in Bonn trägt die volle Verantwortung für diese Entwicklung.

Sie hat den Unternehmern immer größere Hilfen gewährt. Den Arbeitern gegenüber wurden die Finanzspritzen als notwendige Voraussetzung für den Erhalt der Arbeitsplätze ausgegeben. Jetzt kann man feststellen, daß die Unternehmer mit dem Geld nicht Arbeitsplätze geschaffen, sondern weitere Rationalisierungen durchgeführt haben. Nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze sind das Ergebnis.

Übrigens: auch bei der Kommunalwahl kann man gegen eine solche Politik protestieren.

Gebt den Rüstungspolitikern und Arbeitsplatzvernichtern die Quittung. Keine Stimme der CDU!

Wählt am 10. März Arbeitervertreter ins Stadtparlament – wählt DKP!

82-1-85

MÖRFELDEN - WALLDORF - KELSTERBACH - KREIS GROß-GERAU

Seite IV - Frankfurter Rundschau

FAG und das Land Hessen wollen Waldflächen tauschen — aus „forstwirtschaftlichen Erwägungen“

DKP: Begünstigung der „Expansionsgelüste“

Brehi will heute im Ministerium vorsprechen

MÖRFELDEN-WALLDORF. Kurz vor dem Abschluss steht nach Informationen der örtlichen DKP-Fraktion in Wiesbaden.

Freitag, den 25. Januar 1985

FAG tauscht Wald im Süden

Ministerium nennt die bessere Bewirtschaftung als Grund

Mörkel-Waldorf (lin.) - Alarm schlägt die DKP-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung über den geplanten Waldtausch zwischen der Flughafen AG und dem Land Hessen. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

Heißes Eisen Waldtausch

Der Stadtverordneten liegt ein DKP-Antrag dazu vor

MÖRFELDEN-WALLDORF. Mit dem heißem Eisen Waldtausch im Bereich des Startbahn-West-Flughafens (WAG) wird sich die Stadtverordnetenversammlung in Wiesbaden am Freitag mit dem Land Hessen auseinandersetzen. Auf dem Tagesprogramm steht die Diskussion über den geplanten Waldtausch zwischen der Flughafen AG und dem Land Hessen. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

Flughafengelände soll durch Landtausch erweitert werden

Land möchte eine bessere Bewirtschaftung der Waldflächen erreichen

Mörkel-Waldorf (lin.) - Der Grün-Landesrat hat die Landesregierung aufgefordert, die Waldflächen im Bereich des Startbahn-West-Flughafens (WAG) zu tauschen. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

Problem mit Waldtausch

Treiber: Land Hessen soll Pläne fallenlassen

Mörkel-Waldorf (lin.) - Der Grün-Landesrat hat die Landesregierung aufgefordert, die Waldflächen im Bereich des Startbahn-West-Flughafens (WAG) zu tauschen. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

Warum muß FAG Waldeigentümer sein?

Erneuter Waldtausch südlich des Flughafens stößt auf Protest

MÖRFELDEN-WALLDORF (lin.) - Die Stadtverordnetenversammlung hat sich am Freitag mit dem Land Hessen über den geplanten Waldtausch zwischen der Flughafen AG und dem Land Hessen auseinandersetzt. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

Parteien gegen den Waldtausch

DKP warnt vor akropoleischem Zusammenspiel zwischen Landesregierung und FAG

Mörkel-Waldorf (lin.) - Die Stadtverordnetenversammlung hat sich am Freitag mit dem Land Hessen über den geplanten Waldtausch zwischen der Flughafen AG und dem Land Hessen auseinandersetzt. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

Wiesbaden gibt Zusage

Görlich: Vor Waldtausch wird Mörkel-Waldorf geteilt

MÖRFELDEN-WALLDORF. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich am Freitag mit dem Land Hessen über den geplanten Waldtausch zwischen der Flughafen AG und dem Land Hessen auseinandersetzt. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

Einstimmig gegen Waldtausch

Bel der Diskussion um Roma-Lager geht der Streit jedoch weiter

MÖRFELDEN-WALLDORF. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich am Freitag mit dem Land Hessen über den geplanten Waldtausch zwischen der Flughafen AG und dem Land Hessen auseinandersetzt. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

DKP fordert Resolution gegen den Waldtausch

Mörkel-Waldorf (lin.) - Die Stadtverordnetenversammlung hat sich am Freitag mit dem Land Hessen über den geplanten Waldtausch zwischen der Flughafen AG und dem Land Hessen auseinandersetzt. Die Fraktion fordert, dass der Tausch nur dann genehmigt werden soll, wenn die Landesregierung die besseren Bewirtschaftungsbedingungen für die Waldflächen nachweist.

Wie ein Donnerschlag wirkte die DKP-Enttüllung über den geplanten Waldtausch FAG-Landesregierung. Die Presse berichtete ausführlich. Zwischen Wiesbaden, dem Flughafen und Mörfelden liefen die Telefonröhre heiß. Einstimmig nahmen die Stadtverordneten einen DKP-Antrag an, in dem gegen die Waldtauschpläne protestiert wird. Zahlreiche Bürger riefen uns an, freuten sich, daß wir diese neue Schweinerei aufgedeckt haben. Viele sagten: „Gut, daß es euch gibt!“

Die Erfahrungen mit der FAG lehren uns: Wir müssen wachsam bleiben!

Man muß wachsam sein. Einerseits erzählt uns die FAG, sie sei an gutnachbarlichen Beziehungen mit dem Umland interessiert, andererseits gibt es täglich Grund, sich über die Flughafenmanager und ihre Helfer in den Ministeresseln zu ärgern. Dafür einige Beispiele.

Waldtausch – der Flughafen würde sich nach Süden ausdehnen

Der Waldtausch hätte Auswirkungen, die man heute noch gar nicht abschätzen kann. Die Flughafengrenzen würden viele hundert Meter nach Süden verlegt. Die Gefahr, daß die Gemarkungsgrenze zugunsten Frankfurts und der FAG verschoben wird, liegt auf der Hand. Die Expansionsgelüste der US-Air Base würden außerordentlich be-

günstigt. Weitere Rollwege zur Startbahn-West oder eine dritte Parallelbahn könnten geplant werden. Die Eigentumsverhältnisse würden nicht mehr stören, die FAG hätte die gesamte südliche Waldfläche in Besitz.

Diese Pläne wurden nun durch die DKP-Enttüllung gründlich durcheinander gebracht. Sicher wird nun das Görlich-Ministerium versuchen, die Bürger unserer Stadt zu beruhigen. Davon darf man sich nicht einlullen lassen. Wir müssen wachsam bleiben!

Wild-West über unserer Stadt

Ein zweites Beispiel belegt, wie wenig sich die FAG ums Umland kümmert. Da gibt es eine Fluglärm-Informations-Veranstaltung im Rathaus, und die FAG-Manager lassen per Boten am

gleichen Tag mitteilen, sie nehmen nicht teil. Der Grund: sie haben einfach Angst und sie haben Grund dazu! Bei der Rathaus-Diskussion wurden immerhin skandalöse Tatsachen bekannt. So ist der „Dauerschallpegel“ nach der Startbahn-Inbetriebnahme von 57 dB(A) auf 63 dB(A) gestiegen. Aber nur an zwei Tagen im Monat werden die Abflugrouten in der Regel kontrolliert. (Angeblich fehlt das Geld für leistungsfähigere Rechner und Personalstockung.)

Immer wieder, so war zu hören, fliegen die US-Militärmaschinen kreuz und quer über unsere Stadt. Der militärische Flugverkehr ist angewachsen, am Tage hätte er einen Anteil von 8 % am Gesamtverkehr, aber bis zu 16 % des Nachtverkehrs bestreiten US-Maschinen. Wieder einmal wurde deutlich, wie berechtigt die

Die Lachinformation

Kennen Sie Kommunalpolitik?

Die hier abgebildeten Politiker haben der Presse gegenüber angedeutet, daß sie wenn Sie die Kommunalwahl verlieren, gerne eine Hauptrolle in einer bekannten Operette übernehmen möchten.

Was sind die Lieblingsoperetten der Politiker?



Brehl

1. Der Vetter aus Dingsda
2. Der Zarewitsch
3. Maske in Blau



Jourdan

1. Fideler Bauer
2. Bettelstudent
3. Der Zigeunerbaron



Neue Zeitung für Mörfelden-Walldorf

Die Mörfelder CDU hat, nachdem es bis in ihre Reihen durchgedrungen ist, daß der „blickpunkt“ in Mörfelden immer mehr Leser findet, beschlossen, ebenfalls eine Zeitung für die arbeitende Bevölkerung erscheinen zu lassen. Die Zeitung soll am 1. April erstmals erscheinen und den Namen XU bekommen.

Begründung: Die CDU war schon immer ein Meister darin, den arbeitenden Menschen ein X für ein U vorzumachen.



Preisfragen

Worin besteht der Unterschied zwischen Kitzbühel, der Sauerlandautobahn und Löwenthal?

Antwort: Kitzbühel ist ein Schneeloch, die Sauerlandautobahn ist ein Nebelloch und Löwenthal ist ein Fernsehmoderator.



Wußten Sie schon?

... daß die Geschichte vom Rotkäppchen auf Antrag der CDU aus deutschen Lesebüchern entfernt werden soll? Springer-Schreiber Boehnisch ist jetzt bereits beauftragt, eine Neufassung unter dem Titel „Schwarzkäppchen“ zu schreiben.

... daß jeder Wirtshauskunde, der öfter als einmal im Jahr „Leipziger Allerlei“ oder „Russisch Ei“ oder „Ungarischen Gulasch“ oder „Pilsner Urquell“ bestellt, sofort einer gründlichen Gesinnungsprüfung unterzogen wird?

Kurz vor Redaktionsschluß gelangten wir überraschend in den Besitz eines Anzeigenentwurfs der GBL, die als Stellungnahme zur Verabschiedung des Nachtragshaushalts 1984 durch SPD und DKP gedacht war. Wie uns aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zugetragen wurde, gab man einer anderen Fassung den Vorzug, weil maßgebliche GBL-Leute befürchteten, der im folgenden dokumentierte Text könne irrtümlich auf das Verhältnis der GBL zur CDU bezogen werden:



Der Blinde und der Lahme

Von ungefähr muß einen Blinden ein Lahmer auf der Straße finden, und jener hofft schon freudenvoll, daß ihn der andre leiten soll.

„Dir“, spricht der Lahme, „beizustehen? Ich armer Mann kann selbst nicht gehen; doch scheint's, daß du zu einer Last noch sehr gesunde Schultern hast.“

Entschließe dich, mich fortzutragen, so will ich dir die Stege sagen. So wird dein starker Fuß mein Bein, mein helles Auge deines sein.“

Der Lahme hängt mit seinen Krücken sich auf des Blinden breiten Rücken. Vereint wirkt also dieses Paar, was einzeln keinem möglich war.

Herzlichst

**GRÜNE
BÜRGERLISTE**

Fastnacht fällt aus!

Freitag, 1. Februar 1985, Nr. 27/5 S

Vermummung künftig Ordnungswidrigkeit

Einigung in der Koalition

ban. BONN, 31. Januar. Die Rechtspolitiker der Koalitionsfraktionen haben sich am Donnerstag auf einen neuen Kompromiß über die Novellierung des Verstoßes gegen das Verbot der Vermummung geeinigt. Künftig...



ORIGINAL + FÄLSCHUNG



Original und Fälschung
 Die sehr mangelhafte Fälschung (Bild unten) unterscheidet sich sehr stark vom Original (Bild oben)
 Wieviele Fehler befinden sich genau in der Fälschung?
 1. 24
 2. 315
 3. Eigentlich keiner, die Fälschung kommt der Wirklichkeit näher.

„Wir haben ein Spitzen-niveau in der Renten-höhe.“



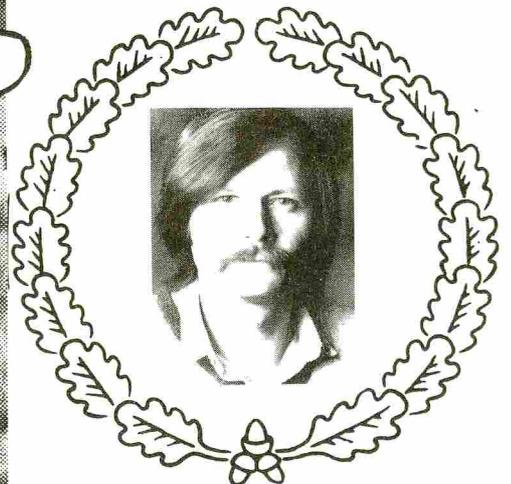
Vor der höchsten Massenarbeitslosigkeit in der Geschichte unseres Landes:

„Das Schlimmste liegt hinter uns.“

Dr. Norbert Blüm



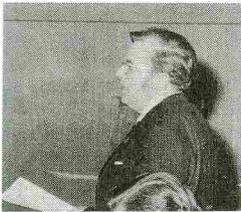
Dieser freundliche Herr klingelt an ihrer Tür. Was bietet er Ihnen zum Kauf an?



1. Kernseife?
 2. Seifenflocken?
 3. DAN-Klorix?
- Können Sie auf Anhieb sagen, welcher Partei er gerade angehört?
1. Der F.D.P. (Abkürzung für: „Flick's Dauer-Patient“)
 2. Den Grünen
 3. Der CDU

Narhalla marsch!

Im Stadtparlament herrscht gelegentlich Märchenstunde. Was sind die Lieblingsmärchen der abgebildeten Lokalgrößen?



Oeser

1. Der standhafte Zinnsoldat
2. Das tapfere Schneiderlein
3. Der fliegende Koffer



Jung

1. Zwerg Nase
2. Rumpelstilzchen
3. Der Kobold und der Krämer



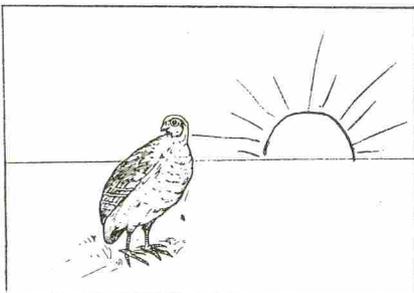
Haselbach

1. Der Schatten
2. Der Schweinehirt
3. Die Maus, die brüllte



Frühwacht-Treber

1. Die Fledermaus
2. Madame Pompadour
3. Die Försterchristel



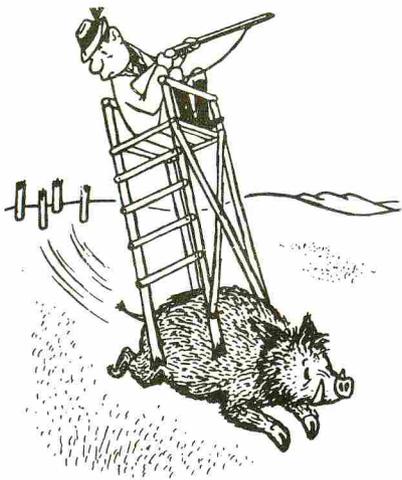
Unser kleines Bilderrätsel

Auch heute wieder unser kleines Bilderrätsel.

Gesucht wird der Name des Vogels. (Kleiner Tip: Es ist die Morgensonne). Für richtige Einsendungen winken wertvolle Schallplattenpreise.



Aber Edgar, ich denke du bist für das Rotationsprinzip.



W. Siegel (CDU) auf dem Weg zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes für langjährige Abgeordnetentätigkeit und angewandte Jagdpassion.

Funkbild dkp

Wie unser Korrespondent berichtet, gebührt ihm für seine Haltung beim Ritt auf der schwarzen Sau durchaus Achtung, doch hätte ein edleres Reittier den Gesamteindruck um einiges heben können.



Trinken

im Stoffwechsel angesiedelter Brauch zwecks Aufnahme von Flüssigkeit. In der Regel ein natürlicher Vorgang, jedoch Ausnahmen möglich:

Wenn ein Kommunist – Bier trinkt, ist dies ein gewollter Anbiederungsversuch an den kleinen Mann.

Wenn ein Kommunist Kaffee trinkt, will er nur einen klaren Kopf behalten, damit er sich nicht verrät.

Wenn ein Kommunist Cola trinkt, ist dies ein Verrat am Kommunismus.

Wenn ein Kommunist Wodka trinkt, ist dies ein neuerlicher Beweis dafür, wie weit seine Abhängigkeit von Moskau schon geht.

Wenn ein Kommunist Milch trinkt, dann hat er's wohl nötig.

Wenn ein Kommunist Krimsekt trinkt, ist dies einfach typisch für die Funktionäre von drüben.

Wenn ein Kommunist Limonade trinkt, zeigt dies nur um so deutlicher, wie weit seine Entfremdung von der Masse schon gediehen ist.

Wenn ein Kommunist Wasser trinkt, zeigt dies, was uns im Kommunismus blüht.

Wenn ein Kommunist etwas trinkt, ist das eben typisch für den Kommunismus.

bp-Reporter unterwegs

Wie laufen die Wahlkampf vorbereitungen?

In der SPD-Zentrale ist die Stimmung eher gedämpft. Wie immer haben die Sozialdemokraten Probleme, den Hauptgegner auszumachen.

„Wann mer die GRIENE bei dere Gemaa-ratswahl net packe, mache uns die Oeser mit ihr'm Geschwätz noch vier Jaar lang zu schaffe! Des haal ich net aus!“ klagt ein alter Mörfelder Sozialdemokrat.

„Die gehen diesmal über den Jourdan!“ muntert ihn der Fraktionssprecher auf.

„Wir haben sie nicht umsonst rechtzeitig vor der Wahl auf der Südumgehung abgeschüttelt!“

„Mit dem Bürgermeister und dem ersten Stadtrat vorndran und dem Verwaltungsapparat dahinter wäre es ja gelacht, wenn wir diesmal nicht wieder die absolute Mehrheit schaffen würden!“ gibt sich ein anderer hoffnungsvoll.

„Dann können einen auch die Kommunisten nicht mehr drücken und wir haben endlich wieder Ruhe,“ schwelgt der nächste in Vorfreude.

„Wenn wir am 10. März singen wollen: „Der May ist gekommen“, müssen wir noch was tun!“, reißt ihn der Parteivorsitzende aus seinen Träumen. „Sonst können wir das alles in den Rauch schreiben!“

Als er dann noch als SPD-Parole für die heiße Phase des Wahlkampfes das Motto ausgibt: „Auf sie mit Gebrehl!“ und damit alle Unklarheiten darüber beseitigt, wie sich die SPD die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern vorstellt, ist meines Bleibens nicht länger.

Weniger Faust' auf Hochglanz-Papier

Ich eile zur CDU.

Dort sitzen Jung und alt beisammen und feilen an einem pfißigen Motto, das die Union ihrem Wahlziel, endlich stärkste Fraktion zu werden, näherbringen soll. Der Stimmung nach haben sie schon ganz schön einen gepözt. Übermütig schlägt der Parteivorsitzende vor: „Weniger Hirn, mehr Arsch!“

„Bei so viel Offenheit sehe ich schwarz, Du Hirsch!“ meint Heißluft-Hugo, der bornierte antikommunistische Fuchs. Er besteht auf „weniger Faust, mehr Köpfe!“, dafür aber alles auf teuerstem Hochglanz-Papier.

„Aber ob die Wähler ausgerechnet unseren Köpfen was zutrauen?“ rutscht es seiner Frau heraus, „vor vier Jahren sind wir mit dem Motto: „Wir setzen durch, was Bürger wollen!“ auch den Bach runtergegangen.“

„Papperlappapp!“ bürstet sie ihr Mann hoechst unchristlich ab, „wer einen Helmut Kohl zum Bundeskanzler wählt, kann unserem Rudi als Stadtratskandidat seine Stimme nicht verweigern. Darauf gebe ich euch Brief und Siegel! Und nach der Wahl fahren wir mit der GBL im Kremser am Rathaus vor!“

„Daß sie damit groß herauskommen, glaube ich kohm“, hake ich ein. Hohnlachend stimmt die ganze Gesellschaft das Lied „Schwarzbraun ist der Haselbach“ an. Ich wende mich mit Grausen.

Der alte Schwung ist hin

Die Führung der GBL – unsicher, wie die Wahlen ausgehen – hadert mit ihrem Schicksal. „Wie soll man da mit sich ins Reine kommen, ob die Zukunft unserer Stadt schwarz oder SPD-Orange wird?“ nörgelt Rudolf Schmidt.

„Die Frage lassen wir am besten offen und sagen, es kehm nicht so drauf an!“ bemerkt Kollege Winkler, dem es nicht so darauf ankommt.

„Das raisst uns aber vielleicht ganz schön rein!“ wirft einer ein, „was meint denn die Basis?“

„Was is?“ geifert Wilma, die sich gerade auf dem Fischmarkt neue Anregungen für die nächsten politischen Auseinandersetzungen geholt hat. „Das sind doch kleine Fische. Der alte Schwung ist hin. Wo ich auch bohr is nichts mehr dahinter.“

Unser Programm mit einer Auflage von 700 Stück ist eh Perlen vor die Säue. Und ihr macht euch Gedanken, ob wir uns an die SPD oder lieber an die CDU schmeißen sollen? Daß ich nicht lache, wir müssen im trüben fischen!“

„Ist das nicht ein bißchen arrogant?“ fragt zaghaft ein Neuling, dem noch alte grüne Parolen im Ohr klingen.

„Arroganz hin, Arroganz her!“ bricht es aus ihr heraus. „Und wenn's in Mörfelden-Walldorf nur mit der CDU geht – ich will Macht drüber, oder ich will Frieda heißen!“

„Ganz recht!“ pflichtet ihr Norbert Schwappacher bei, „vor allem muß diese DKP weg, oder walters etwa auf die Dauer Sozis und Kommunisten überlassen, was hier für eine Politik gemacht wird. Wir sind hier schließlich nicht in Weimar!“

Irritiert verlasse ich das Lokal.

Der FDP-Spitzenkandidat gibt sich gelassen

„Wir haben nichts zu verlieren!“ spricht er ein wahres Wort gelassen aus.

„Wir wollen hier auch nicht über die Schnur hauen. Aber mit uns muß man rechnen! Und wer mit Blick auf Bonn meint, wir hätten nur unseren Preis, dem sei gesagt: In Mörfelden-Walldorf haben wir auch noch einen Preißler!“

„Heißt das, sie wollen im neuen Stadtparlament wie in Bonn Mehrheitsbeschaffer für die CDU sein?“ frage ich.

„Wir sind so frei!“ erwidert mein Gegenüber.

„Aber acht Jahre ohne FDP im Stadtparlament haben womöglich bei vielen Bürgern das Gefühl zur Gewißheit werden lassen, daß es auch ohne sie geht!“ fleschte ich ein.

„Das schlägt ja wohl dem Faß die Kroner in's Gesicht – ein freier Bürger braucht die F.D.P. Wir sind wieder da!“ poltert mein Gesprächspartner los.

Vor so viel Liberalität ergreife ich die Flucht.

Mahnung der Bürger war, die während der Startbahn-Demonstrationen auf ihre Schilder schrieben: „Keine Startbahn für Profit und Krieg!“

Gutachten, die in der Schublade liegen

Jahrelang haben wir auf die Grundwassergefährdung, die vom Flughafen ausgeht, hingewiesen. Millionen Liter Kerosin sind versickert, Reinigungs- und Auftau-Mittel bilden eine ständige Gefahr. Viele Untersuchungsergebnisse werden offenbar unter Verschluss gehalten.

So hat das Institut Fresenius (Taunusstein) im Auftrag des Ordnungsamtes Frankfurt/M. seit 1981 das Grundwasser im Bereich des Start- und Landebahnsystems untersucht. Fünf Untersuchungen wurden gemacht, die heute beim Ordnungsamt Frankfurt/M. vorliegen.

Weiterhin hat Fresenius ein Überwachungs- und Beweissicherungsprogramm im Rahmen der Startbahn 18-West erstellt.

Außerdem hat Fresenius seit 1979 im Auftrag des Ordnungsamtes Frankfurt/M. Grundwasserstandsmessungen gemacht.

Beim Hessischen Amt für Umweltschutz liegt ein Gutachten über die Grundwassergüte vor.

Ganz selten wurden bis jetzt Ergebnisse bekannt. Das meiste liegt in den Schubladen. Man will Ruhe im Umland. Und außerdem: Ärger und Aufregung der Bürger kosten die Startbahn-Parteien Wählerstimmen.

Wir jedenfalls sind, wenn es um die FAG und das Zusammenspiel mit Frankfurt und Wiesbaden geht, äußerst mißtrauisch. Wir sind alle „gebrannte Kinder“. Unruhe bleibt erste Bürgerpflicht!

Rudi Hechler

Rüstung zerstört bereits im Frieden

(Zivile Alternativen für Waffen)

- | | |
|--|---|
| 1 TORNADO
(522 Stck. a 87 Mio. DM) | = 800 Sozialwohnungen
(75 qm a 109.000 DM) |
| 1 Kampfflugzeug Alpha Jet
(175 Stck. a 20,3 Mio. DM) | = 110 Krankenhausbetten
(Durchschnittswert 190.000 DM) |
| 1 AWACS
(18 Stck. a 82 Mio. DM) | = 40 Computer-Tomografen
(med. Früherkennungs-System) |
| 1 Panzer-Abwehr-Hubschrauber
(212 Stck. a 4,4 Mio. DM) | = 2 Freizeitsportzentren |
| 1 Militärhubschrauber
(100 Stck. a 3,5 Mio. DM) | = 1 Rettungs-Hubschrauber |
| 3 Flak-Panzer „Gepard“
(432 Stck. a 9,8 Mio. DM) | = 1 Berufsschule (2.000 Schüler)
(mit mod. Einrichtung: 27 Mio. DM) |
| 2 Kampfpanzer „Leopard II“
(1.800 Stck. a 4,2 Mio. DM) | = 1 Schule oder ... Jugendzentrum
(24 Klassen: 3,5 Mio. DM) |
| 1 Flak-Panzer „Roland“
(143 Stck. a 18 Mio. DM) | = 120 Somografie-Geräte (Ultraschall zur Erkennung innerer Krankheiten) |
| 1 Jagd-Panzer-Umrüstung
(316 Stck. a 1,4 Mio. DM) | = 1 Turnhalle |
| 1 Transport-Panzer
(996 Stck. a 725.000 DM) | = 3 Schneepflüge
(Hochleistungs-Schneepflüge) |
| 3 Militär-Lkw
(60.000 Stck. a 80.000 DM) | = 1 Müllfahrzeug |
| 1 Feldhaubitze (153 I)
(216 Stck a 2,0 Mio. DM) | = 40 Spielplätze (Einrichtungskosten für 2.000 qm Fläche) |
| 1 HOT-Flugkörper
(6.000 Stck. a 87.000 DM) | = 4 Kindergarten-Plätze
(a 9.000 DM) |
| 1 Roland-Flugkörper
(5.240 Stck. a 142.000 DM) | = 2 Altersheim-Plätze
(a 70.000 DM) |
| 1 Komoran-Rakete
(350 Stck. a 2,1 Mio. DM) | = 210 Kindergarten-Plätze |
| 1 Fregatte (+ Bordhubschrauber)
(8 Stck. a 470 Mio. DM) | = 31 Schwimmhallen
(mit 50-m-Bahn) |
| 1 Schnellboot
(10 Stck. a 110 Mio. DM) | = 440 Notarzt-Wagen
(voll ausgerüstet) |



CDU, SPD und GBL lehnen weitere zusätzliche Einrichtungen zur Hausaufgabenhilfe ab!

Auf der Sozialausschußsitzung am 21. 1.85 beantragte die DKP-Fraktion zusätzliche personelle und räumliche Kapazitäten für die Hausaufgabenhilfe in unserer Stadt. Alle außer der DKP waren der Meinung, daß dieser Antrag nicht notwendig wäre, also wurde er abgelehnt.

Dieser Meinung sind wir nicht!

Wir wissen:

- an den Schulen (besonders in Walldorf) gibt es erheblichen Unterrichtsausfall
- es gibt nicht genügend Personal bei der Hausaufgabenbetreuung
- es fehlen geeignete Räumlichkeiten für die Betreuung der Kinder
- mit den schlechten Arbeits- und Lernbedingungen können die angestrebten Lernziele nicht erreicht werden.

Deshalb fordert die DKP:

- zusätzliche materielle und personelle Ausstattung für die Hausaufgabenhilfe
- Initiativen beim Schulträger (Kreis Groß-Gerau) gegen den Unterrichtsausfall
- verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der Hausaufgabenhilfe
- einen Kinderhort für jeden Stadtteil

Herbert J. Oswald

8. März — „Internationaler Frauentag“

Frauen in der ersten Reihe



Ein wichtiger Tag im Leben der Frauen — der Internationale Frauentag am 8. März. Ein wichtiger Tag für Frauen und Männer, an dem es darum geht, Forderungen der Frauen zu vertreten, diese Forderungen gemeinsam zu vertreten, weil sie das Leben verbessern, das Leben der Frauen und Männer, unser gemeinsames Leben.

Frauen in der Friedensbewegung — sie waren eine treibende Kraft im Kampf gegen die Stationierung neuer US-amerikanischer Atomraketen. Und heute? Es wird gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung stationiert, die Kriegsgefahr ist dadurch gewachsen. Heute geht es darum, diese Stationierung zu stoppen, rückgängig zu machen, denn: Der Friede muß siegen! Die Frauen und Mädchen, Arbeiterinnen und Angestellte, Mütter und Hausfrauen werden dabei sein, wenn der Kampf um dieses Ziel verstärkt geführt wird. Frauen im Kampf gegen die Startbahn-West. Sie waren unübersehbar. Junge Mädchen und ältere Frauen kämpften gemeinsam. Unvergessen das Wirken der „Küchen-Brigade“.

Frauen in der sozialen Bewegung — das ist Protest gegen Sozialabbau. Das ist Kampf gegen die Rüstungsmilliarden, die aus den Kindergärten gezogen werden, für die Bonn das Mutterschaftsurlaubsgeld mißbraucht, Rentnerinnen und Rentner bestiehlt, Schülerinnen und Schüler drangsaliiert.

Frauen im Kampf um Arbeitsplätze — das sind die Kolleginnen, die Gewerkschafterinnen,

die Arbeiterfrauen, die die 35-Stunden-Woche fordern, für sie einzutreten bereit sind, weil sie das Leben erleichtert, Arbeitsplätze schafft, Zeit für das Leben, die Erholung vom Streß, die Familie, für eine gute Partnerschaft erweitert.

Frauen in den großen Auseinandersetzungen unserer Tage, in den Bewegungen für Frieden und gegen US-Raketen, für die Erhaltung unserer Umwelt, gegen So-

zialabbau, für Arbeitsplätze und 35-Stunden-Woche, für Gleichberechtigung und eine qualifizierte Ausbildung — das ist eine große, eine bewegende Kraft. Sie zeigt sich bei jeder Demonstration, jeder Kundgebung, in den Betrieben, in den Städten und Gemeinden, an den Schulen und Universitäten. Diese Kraft wird immer stärker, das spüren wir auch in unserer Stadt, und sie wird sich auch an diesem 8. März 1985 wieder beweisen.

8. März – 75 Jahre Internationaler Frauentag
„Für Frieden, Arbeit und Gleichberechtigung“

Frauenfest der DKP

Programm:

ab 14.00 Uhr:

Second-Hand-Shop

Kinderfest mit KLAUS HOFFMANN

Frauencafe

Diskussionsrunde

Eintritt frei

ab 20.00 Uhr:

Wahlrevue

LI(E)DSCHATTEN, Frauenkabarett aus Bremen

Musik zum Tanzen

Eintritt DM 5,-

Was zu essen und zu trinken gibt's natürlich auch!

Am 8. März im Bürgerhaus Walldorf

8. Mai 1985 – Tag des Friedens und der Befreiung

„Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“

Gegen die Stimmen von zwei Stadtverordneten der Grünen Bürgerliste wurde in der Stadtverordneten-Versammlung ein DKP-Antrag angenommen, nach dem die Stadt eine würdige Gedenkfeier zum „40. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg“ durchführen soll.

DKP-Stadtverordneter Herbert J. Oswald begründete den Antrag. Er sagte u.a.:

In der Begründung unseres Antrages heißt es:

„Für die einen ist dies der Tag der Niederlage, des Zusammenbruchs, des ‚verlorengegangenen‘ Krieges. Doch das ist die Denktradition der Industriellen, der Generale und der Rechtskonservativen, die die Nazis 1933 an die Macht brachten, die den faschistischen Raubkrieg wollten und an ihm verdienten.

Für die anderen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung auch unseres Volkes von Faschismus und Krieg. Er brachte die Verwirklichung der Hauptziele aller deutschen Widerstandskämpfer: Den Sturz des Naziregimes und den Frieden. Hier wird der Gleichklang der nationalen deutschen Interessen mit der Zielsetzung der Widerstandsbewegung in allen von den Nazis besetzten Ländern mit wichtigen Grundsätzen der Anti-Hitler-Koalition sichtbar.“

Um diese beiden Standpunkte geht es, wir spüren es jetzt schon in der anlaufenden Diskussion. Und hier haben auch wir Stellung zu beziehen.

8. Mai 1945 – das hieß damals: von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen. Und die letzten 40 Jahre haben bewiesen, daß diese wichtige Lehre aus dem Krieg bei den Menschen lebendig ist.

Am 8. Mai 1985 können wir sagen, diese Lehre ist aktueller wie nie zuvor. Heute heißt das: Raus mit den Atomraketen aus unserem Land! Abrüstung und Fortgang der Entspannungspolitik statt Hochrüstung, Konfrontation und antikommunistischem Kreuzzug!

Wir können sicher sein, die große Mehrheit der Bürger unserer Stadt, steht hinter dieser Forderung und sie wird auch dankbar begrüßt in der Partnerstadt Vitrolles und bei unseren Freunden in Wageningen.

Und noch etwas: Vor 40 Jahren standen die deutschen Menschen vor Trümmern, Leid und Tod. Und die Überlebenden und Hungernden begannen, das Land, die Fabriken, die Städte wieder aufzubauen.

Das Land, so gab es millionenfach Übereinstimmung, sollte neu aufgebaut werden als ein Land ohne Nazis und Rassenwahn, ein antimilitaristisches Land, ein Land frei von

kapitalistischen Konzernen, ein demokratisches Land. Es war die Zeit, da die Finanziers Hitlers wie Flick und Krupp und andere im Gefängnis saßen, weil sie fremde Länder ausgebeutet, Gefangene und KZ-Häftlinge geschunden und am Krieg Milliarden verdient hatten. Da bauten die Arbeiter ohne die Bosse die Betriebe auf. Da arbeiteten Kommunisten, Sozialdemokraten und christliche Menschen gemeinsam. Sie arbeiteten in den Betrieben zusammen. In den Städten und Länderregierungen bemühten sie sich gemeinsam, das Leben wieder in Gang zu bringen. Sie schufen die Einheitsgewerkschaft.

Die Arbeiterklasse muß einheitlich handeln – das war ihre Lehre aus der Zeit des Faschismus und des Krieges.

Heute sind es die Söhne und Töchter der Aufbaugeneration, die von Flick und anderen in die Massenarbeitslosigkeit getrieben

werden, die brutal aus den Betrieben, die ihre Mütter und Väter aufbauten, ausgesperrt werden und deren Rechte beschnitten werden sollen. Und die Söhne und Töchter der Kommunisten, der Widerstandskämpfer, verdienter Männer und Frauen der ersten Stunden, werden mit Berufsverboten verfolgt. Flick kauft wieder Politiker und Politik. Die Konzerne machen wieder Milliarden.

Um die Verwirklichung der Hoffnung vom Mai 1945 muß noch heute gekämpft werden, wie im vorigen Jahr mit den großen Streiks und Protesten gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit gekämpft worden ist. Das wird in diesem Jahre nicht anders sein. In dem Jahr des 40. Jahrestages des Neubeginns heißen die aktuellen Forderungen: Aktionseinheit gegen Rechts! Aktionseinheit für Arbeit und Frieden!

Mörfelden-Walldorf war die erste Stadt in der Bundesrepublik, die sich zur „Atomwaffenfreien Zone“ erklärte. Damit haben wir ein großes Beispiel gegeben. Setzen wir mit der Veranstaltung zum 40. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg ein weiteres Zeichen für Demokratie, Abrüstung und Frieden.

Tödliche Gefahren

Auch nach den hoffnungsvollen ersten Verhandlungen besteht die Reagan-Administration auf der Weiterentwicklung von Weltraumwaffen. Um was geht es dabei?

Auf den ersten Blick sieht es so aus, daß die Aufrüstung im Weltraum dazu gedacht ist, der Menschheit Sicherheit zu garantieren, die nuklearen Raketenwaffen zu neutralisieren und nutzlos zu machen.

Aber die amerikanischen Pläne verfolgen ein anderes Ziel. Neutralisiert werden soll der Gegenschlag, gewährleistet werden soll der straflose, entwaffnende Erstschlag.

● Sollten die US-Regierung und ihre Militärs glauben, ihr „Schutzschirm“ aus Weltraumwaffen sei dicht, dann könnten sie auch versuchen, ungestraft Erstschlagswaffen gegen die Sowjetunion einzusetzen.

● Ein im Kosmos befindliches amerikanisches Leitsystem für interkontinentale US-Raketen würde die Erstschlagsfähigkeit der USA erhöhen.

● Wenn die US-Kriegsplaner glauben, sie könnten mit Weltraumwaffen sowjetische Satelliten vernichten und die Sowjetunion somit blind und hand-

lungsunfähig machen, dann würde das die Bereitschaft der USA steigern, den Atomkrieg zu beginnen.

All das zielt darauf, die militärische Überlegenheit zu erreichen und mit einem atomaren Erstschlag einen Krieg zu gewinnen. Das ist zwar eine Illusion, könnte aber eine für uns alle tödliche Gefahr werden. Das alles ist zwar ein wahnsinniger Irrtum der US-Kriegsplaner, aber wir wollen nicht an einem Irrtum zugrunde gehen.

Jeder Erstschlag wird zu einem umfassenden, alles vernichtenden Atomkrieg werden. Denn die Sowjetunion hat wiederholt erklärt, sie duldet wegen ihrer eigenen Sicherheit und wegen des Friedens in der Welt keine militärische Überlegenheit der USA. Und gleichzeitig drängt die Sowjetunion auf ein Übereinkommen, das den Weltraum von Waffen und militärischen Planungen freihält. Sie selbst ist bereit dazu. Die Sowjetunion hat vorgeschlagen, ein gegenseitiges Moratorium über die Erprobung und Stationierung derartiger Waffen im Weltraum festzulegen. Solche Vereinbarungen wären für die ganze Menschheit lebenswichtig. Die US-Planer müssen gezwungen werden, die Vorbereitungen für einen Krieg der Sterne, der gegen die gesamte Erde gerichtet ist, sofort einzustellen.

„Zupfgeigenhansel“ in Mörfelden

„Zupfgeigenhansel“, die bekanntesten
Volksliedersänger der
Bundesrepublik, gastieren wieder
in unserer Stadt.



Donnerstag, 28. Februar 1985, 20.00 Uhr
im Bürgerhaus Mörfelden

Eintritt:
Vorverkauf: 8,- DM
Abendkasse 10,- DM
(Schüler, Studenten, Lehrlinge 8,- DM)

Karten bei den bekannten Vorverkaufsstellen, bei allen Mitgliedern der DKP und an der Abendkasse



Mörfelden gestern

Ein Kuhfuhrwerk auf dem Mörfelder „Dalles“ (Rathausplatz). Noch vor 40 Jahren ein alltägliches Gefährt auf unseren Ortsstraßen. Wenn man die Chronik zur Hand nimmt, so kann man nachlesen, daß es in Mörfelden im Jahre 1800 noch 330 Kühe, 185 Rinder und 55 Ochsen gab. Seit dieser Zeit gingen diese Zahlen jedoch ständig zurück, obwohl die Einwohnerzahl von damals 710, auf heute ca. 15.000 angewachsen ist.

Kühe als Zugtiere und Milchlieferanten waren gerade bei den „Nebenerwerbs-Landwirten“ bis in die Zeit kurz nach dem 2. Weltkrieg in Mörfelden im Einsatz. Es waren nicht immer die großen kräftigen Rassen, sondern sehr oft die kleinen rotbraunen Kühe auf den Feldern beim Pflügen oder als Einspanner mit den schwersten Lasten auf den Straßen zu sehen. Die Viehhaltung wurde inzwischen vollkommen eingestellt, liebenswerte Erinnerungen sind dem Fortschritt zum Opfer gefallen. Auf den Feldern sieht man nur noch Traktoren, und ein paar Pferde dienen dem Reitsport.